

Online-Tageszeitung für Baden-Baden und Umgebung.

Neueste Nachrichten, Interviews etc. für Baden-Baden und Umgebung.

Bauausschusssitzung im Baden-Badener Rathaus

Bürgermeister Alexander Uhlig beruhigt Baden-Badener Bau-Lobby - Bauprojekte in Regensburg durch Welterbe "in keiner Weise tangiert" - Stadtrat Martin Ernst löst Diskussionen um PFC aus



Der Bauausschuss des Baden-Badener Gemeinderats tagte am Donnerstagabend in öffentlicher Sitzung.

Baden-Baden, 20.01.2017, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch Gestern Abend hatte Baubürgermeister Alexander Uhlig wohl auch die Fassungslosigkeit über die Vorgänge in seiner Heimatstadt Regensburg mit in die Sitzung des Bauausschusses genommen. Wegen eines mutmaßlichen Bestechungsskandals war vorgestern der amtierende Regensburger OB Joachim Wolberg, SPD, verhaftet worden und sitzt in Untersuchungshaft.

Noch gestern Abend berichtete die Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung, dass angeblich gleich zwei weitere Haftbefehle gegen den Bauunternehmer Volker Trezel vorliegen, wobei der

zweite im Zusammenhang mit dem ehemaligen OB Hans Schaidinger, CSU, stehen soll. Die SZ spricht von einem «abenteuerlichen Ausmaß» der mutmaßlichen Bestechungsaffäre. Mehr: www.sueddeutsche.de.

In ganz anderem Zusammenhang berichtete Alexander Uhlig gestern Abend über Kontakte, die er nach Regensburg aufgenommen hatte. Er habe mehrmals mit seiner Heimatstadt und UNESCO-Welterbestadt Regensburg telefoniert und diese Telefonate seien für das Welterbe-Projekt Baden-Baden sehr beruhigend gewesen. Bauprojekte würden in Regensburg durch das Welterbe in keiner Weise tangiert. Und wenn dies dann doch mal der Fall sein sollte, dann seien es solche Bauprojekte, die man auch ohne den Welterbestatus nicht haben wolle. In Regensburg sei dies zum Beispiel der geplante Bau eines 100 Meter hohen Turms gewesen. Im Baden-Badener Gemeinderat hatten sich die Freien Wähler zur Lobby der angeblich besorgten Bauwirtschaft gemacht und sich kategorisch gegen die Bewerbung Baden-Badens als Weltkulturerbe ausgesprochen. Damit stehen die der Bauwirtschaft wohl ganz besonders verpflichteten Freien Wähler aber offenbar alleine da.

Lisa Poetschki, Leiterin der Stabsstelle Stadtentwicklung und Denkmalpflege, informierte gestern Abend über den Sachstand und die nächsten Schritte des für Baden-Baden epochalen Welterbe-Projektes. [PDF Präsentation](#). Zum Zeitplan nannte Lisa Poetschki den 1. September diesen Jahres, wo die Voreinreichung der Bewerbung beim Welterbezentrum in Paris zur formalen Prüfung bevorstehe. Am 31. Januar 2018 folge dann die Einreichung der Bewerbung ebenfalls in Paris. 2018 soll dann die Evaluierung durch [ICOMOS](#) vorgenommen werden. Im Sommer 2019 geht es dann um alles, denn dann soll es für Baden-Baden und seine 10 Partnerstädte zur Entscheidung durch das Welterbekomitee der UNESCO kommen.

Alexander Uhlig kündigte eine Bürgerinformation an und dass dem Bauausschuss und dem Gemeinderat in den Sitzungen im Februar Vorlagen zum Beschluss vorgelegt werden, die für die nächsten Schritte auf der Zielgeraden zur Bewerbung benötigt würden. Dazu gehören die Festlegung der Kern- und Pufferzone, ein Managementplan und ein Marketingplan. [Mehr siehe PDF Präsentation Lisa Poetschki](#).

Auf der vollgepackten Agenda gestern im Rathaus standen auch die Themen Sanierung Aumattstadion, Umwandlung des Ludwig-Wilhelm-Stifts in ein Wohnprojekt, Erweiterung der Firmengebäude Arvato-Bertelsmann, Generationen-Wohnprojekt in der Cité, Kindergarten-Neubau und Erweiterung Kiesabbau in Sandweier.

Überblick zur Sitzung des Bau- und Umlegungsausschusses am Montag 19. Januar 2017:

TOP 2 Anfragen aus dem Gemeinderat

Martin Ernst, FBB, fragte, ob man das Planfeststellungsverfahren für Windkraftanlagen in Baden-Baden nicht beenden könnte, da der Erste Bürgermeister Alexander Uhlig gegenüber Medien geäußert habe, dass das Verfahren nicht nötig gewesen wäre. Alexander Uhlig antwortete darauf, dass das Verfahren zu Ende geführt werden müsse. Es habe für ihn nicht absolute Priorität und der Gemeinderat habe «die Hand drauf», ob Windkraftanlagen in Baden-Baden entstehen. Die Haltung des Gremiums sei eindeutig, aber man habe einen Auftrag

mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 25. Juli 2016 erhalten, als nächsten Schritt eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und diesen Auftrag gelte es nun umzusetzen.

TOP 3 Sanierung Aumattstadion

Gartenamtsleiter Markus Brunsing präsentierte die Planung für die Sanierung des Aumattstadions mit dem folgenden Zeitplan: Im Februar werden die verbliebenen Pappeln im Aumattstadion gefällt, die zu Verschmutzungen führten, außerdem soll noch in diesem Jahr die Umwandlung des Hartplatzes in einen Kunstrasenplatz erfolgen. Für 2018 steht Sanierung der Leichtathletikanlagen auf dem Plan, 2019 soll der Neubau eines Funktionsgebäudes mit Umkleidekabinen und Sanitäranlagen im Erdgeschoss und großen Räumlichkeiten im Obergeschoss für Besprechungen oder auch Platz für Wettkampfleitung beispielsweise für Meisterschaften, die künftig im Aumattstadion ausgetragen werden sollen, erfolgen. Für das Jahr 2020 schließlich ist die Einrichtung eines Beachvolleyballfeldes und eines Hammerwurf-Trainingsfeldes geplant. Die Gesamtkosten für die Sanierung belaufen sich auf 2.050.000 Euro.

TOP 4 Bewerbung UNESCO-Weltkulturerbe

Siehe oben.

TOP 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Das DRK als Betreiber der Altenpflegeeinrichtung in der Rotenbachtalstraße in Baden-Baden ist im Zuge des Heimstättengesetzes gezwungen, seinen seitherigen Standort aufzugeben und an anderer Stelle im Stadtgebiet neu zu errichten, da die Investitionen in den Altbestand wirtschaftlich nicht mehr tragbar wären. Mittlerweile hat die Firma Treubau AG aus Freiburg einen Kaufvertrag mit Entwicklungsoption mit dem Eigentümer abgeschlossen und somit Zugriff auf Immobilie und Grundstück. Der aus den 1970er Jahren stammende unmaßstäbliche Anbau an das denkmalgeschützte und in rotem Sandstein ausgeführte Ludwig-Wilhelm-Stift von 1892 soll abgebrochen werden. Der denkmalgeschützte Altbau wird freigestellt und wo erforderlich, in einen denkmalgerechten Zustand rückgebaut. Auf dem Grundstück sollen 3 Ersatzbauten sowie eine Tiefgarage erstellt werden. Diese werden Wohnungen umfassen und auch das historische Gebäude soll zu Wohnzwecken entsprechend heutiger Ansprüche «ertüchtigt» werden. Einen entsprechenden Antrag hat der Vorhabenträger, die Treubau AG, bei der Stadtverwaltung eingereicht.

Der Gestaltungsbeirat hat das Vorhaben in drei Sitzungen behandelt, die Empfehlungen sind in die vorliegende Planung eingeflossen. Der Gestaltungsbeirat empfiehlt die Schaffung eines Ensembles aus den drei punktförmigen Neubauten, welche den Altbau in Szene setzen. Hierzu sind die drei neuen Punkthäuser in einer angemessenen Maßstäblichkeit bezüglich Dimension und Höhenentwicklung umzusetzen. Die gesamte Ausgestaltung des Vorhabens wird im Laufe des Verfahrens weiterhin vom Gestaltungsbeirat begleitet. Die Stadtverwaltung strebt eine komplette Erdüberdeckung der Tiefgarage an, um die Errichtung einer Stützmauer entlang der Seufzerallee, welche mit einer Länge von über 60 Meter in Erscheinung treten würde, zu

vermeiden. Auf dieser Planungsgrundlage soll das Verfahren eingeleitet werden.

Bürgermeister Uhlig hatte Ende 2016 das Bauvorhaben erst einmal von der Tagesordnung genommen des Bauausschusses genommen mit der Begründung, dass bei den Plänen noch nachgebessert werden müsse. [goodnews4.de](http://www.goodnews4.de) berichtete. Dies sei nun erfolgt.

Auf Nachfrage vom Stadtrat Martin Ernst sagte Alexander Uhlig, dass die Nutzfläche bei der geplanten Bebauung geringer sei als bei den bestehenden Gebäuden. In diesem ersten Schritt ging es gestern Abend um die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens, das Erscheinungsbild werde auch weiter im Gestaltungsbeirat beraten, versprach Alexander Uhlig. Die überarbeitete Planung wurde von allen Fraktionen gelobt und der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) «Erweiterung Arvato-Bertelsmann»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Mit dem geplanten Neubauprojekt an der Briegelackerstrasse sollen mittelfristig Büroflächen für zirka 250 neue Mitarbeiter entstehen, außerdem ein weiteres Parkhaus. Das Parkhaus soll dann ebenfalls genutzt werden durch die Mitarbeiter im geplanten Anbau des bestehenden Gebäudes, in dem 150 neue Arbeitsplätze entstehen werden. Der positiver Bauvorbescheid liegt vor.

Alle Fraktionen äußerten sich kritisch über den massiven Baukörper, der auf dem Gelände gegenüber dem bestehenden Firmensitz von Arvato Infoscore entstehen soll. In der Güterabwägung zur Entstehung von 150 neuen Arbeitsplätzen in der Innenstadt und den Gewerbesteuerereinnahmen für die Stadt Baden-Baden, wurde der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens einstimmig zugestimmt. Erster Bürgermeister Alexander Uhlig sagte, dass es sich ohne Zweifel um eine große Baumasse handele und dass der Gestaltungsbeirat sich dem Thema angenommen habe.

TOP 7 Bebauungsplan «Französische Cité, Teilbereich I – Cité Bretagne – 1. Änderung»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Ein Großteil des Areals der Cité Bretagne ist heute aufgesiedelt, neben vereinzelt Bauplätzen ist nur noch das sogenannte «Baufeld VII» zwischen Ufgaustraße, Wendefläche der Breisgaustraße, dem Gelände des Klambt Verlag, Waldrand und dem von der Ufgaustraße in den Wald führenden Fußweg unbebaut. Das angrenzend an die Wendefläche der Breisgaustraße gelegene Areal eignet sich als Standort für ein von der Stadt befürwortetes generationenübergreifendes Wohnprojekt; einer Realisierung dieses Projektes an dieser Stelle stehen jedoch die Vorgaben des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes entgegen. Hierdurch angestoßen wurde für den gesamten Bereich des sogenannten «Baufeld VII» eine neue, an aktuelle Bedarfe angepasste, städtebauliche Konzeption entwickelt. Diese sieht sowohl das Gemeinschaftswohnprojekt als auch Einzel- und Mehrfamilienhäuser, erschlossen durch eine geplante Stichstraße, vor.

Der Bauausschuss stimmte der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

TOP 8 Maßnahmevorschläge der Kindergartenbedarfsplanung zur Abdeckung des zusätzlichen Bedarfs

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Wie in der Vorlage mit der Drucksachenummer 16.191 beschrieben sind die Kinderzahlen verglichen mit dem Vorjahreszeitraum stark angestiegen. Die Betreuungsplätze weisen weiterhin eine hohe Auslastung auf. Damit verbunden ist eine ungebrochen starke Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die bei der zentralen Kita-Vormerkung aufläuft. Insgesamt sind 150 Kinder unversorgt. Deshalb schlägt die Verwaltung zur Abdeckung der hohen Betreuungsbedarfe im Bereich des Sozialraums 2, Stadtteile Weststadt, Oos und Cité vor, auf dem städtischen Flurstück Nr. 7833 im Keltenweg eine Kindertagesstätte zu bauen. Der Betrieb der neuen Einrichtung soll unter städtischer Trägerschaft geführt werden. Für die Baumaßnahme soll ein Architektenwettbewerb nach RPW (Richtlinien für Planungswettbewerbe) durchgeführt werden. Die Baumaßnahme wird von der GSE betreut.*

Der Bauausschuss stimmte der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

TOP 9 Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Erweiterung des Kiesabbaus durch Nassauskiesung im Gewann «Oberfeld», Gemarkung Sandweier

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Zur mittelfristigen Existenzsicherung hatte die Firma Peterbeton im Oktober 2014 einen Antrag auf wasserrechtliche Planfeststellung zur Erweiterung ihres Kiesabbaus im Gewann «Oberfeld» in Sandweier gestellt. Die in 2014 beantragte Erweiterungsfläche kann derzeit jedoch nicht vollumfänglich genehmigt werden, da für einige landwirtschaftliche Nutzflächen innerhalb der Antragsfläche fremdverursachte PFC-Belastungen im Boden nachgewiesen wurden. Daher beantragt die Firma peterbeton eine wasserrechtliche Teilplanfeststellung für die Teilabbaufelder I und II. Das Teilabbaufeld I ist ein ca. 2,3 ha großer Bereich, der im Westen und Süden an die bestehende Konzessionsgrenze der Firma peterbeton sowie im Nordosten an die Konzessionsgrenze der benachbarten Firma EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG anschließt. Das Teilabbaufeld II erstreckt sich auf eine ca. 2,2 ha große Ackerfläche zwischen der Bundesautobahn 5 und der Teilabbaufeld I.*

Stadtrat Martin Ernst, FBB, löste eine leidenschaftliche Diskussion zum Thema PFC aus, in der er ausgerechnet in seinem Dauer-Widersacher Heinz Gehri einen Verbündeten fand. Martin Ernst sagte, er halte es für übertrieben, dass man aus einem See, in dem man baden und Fische zum Verzehr angeln darf, wegen der PFC-Belastung keinen Sand und Kies abbauen dürfe.

Rudolf-Karl Teichmann, Leiter des Fachgebiets Umwelt und Arbeitsschutz der Stadt Baden-Baden, erklärte, dass es sich um eine rechtliche Vorgabe handle, die verhindern soll, dass «durch massive Eingriffe die Gefahrenlage verschlechtert werde», wenn zum Beispiel PFC belasteter Kies und Sand beim Abbau in den See falle. Stadtrat Heinz Gehri, Freie Wähler, hielt entgegen ein, dass durch Niederschläge das PFC ja auch ausgewaschen werde und in das Grundwasser und den See gelange. Bürgermeister Uhlig beendete die Diskussion mit dem Hinweis, dass es sich eben um eine gesetzliche Vorgabe handle und Unverständnis an der Sachlage nicht ändere.

Der Bauausschuss stimmte der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

 **goodnews4Baden-Baden Breaking News kostenlos abonnieren!**

Jeden Tag sendet *goodnews4.de* die wichtigste Nachricht als News-E-Mail.

[Hier abonnieren!](#)

Copyright © **text**Büro Baden-Baden